

Die tickende Bombe

Das iranische Atomprogramm dürfte die größte außenpolitische Herausforderung des Jahres 2006 sein

OLIVER THRANERT

Spätestens seit den aggressiven, Israel feindlichen Tiraden des neuen iranischen Präsidenten Achmadinedschad dämmer es auch der breiteren Öffentlichkeit: Iran entwickelt sich zunehmend zu einer Gefahr. Sorge bereitet nicht nur die iranische Rhetorik, sondern das von Teheran schon seit einigen Jahren vorangetriebene Atomprogramm. Dieses zielt nach Ansicht der überwiegenden Mehrheit der internationalen Experten nicht nur – wie von Iran immer wieder behauptet – auf die friedliche Nutzung der Kernenergie. Vielmehr geht es den Mullahs wohl um die Option zum Bau von Atomwaffen. Daher handelt es sich um eine der größten außenpolitischen Herausforderungen des Jahres 2006.

Geht es nur um zivile Ziele?

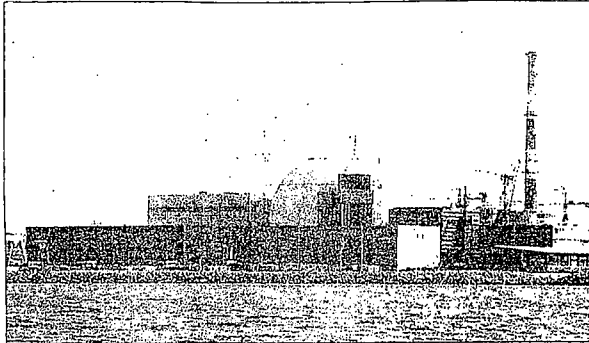
Was genau hat es mit diesem Nuklearprojekt auf sich? Was wären die zu vermutenden Folgen einer iranischen Bombe? Was haben speziell die Europäer bisher unternommen, um eine entsprechende Entwicklung zu stoppen? Welche Möglichkeiten gibt es, um Teheran wirksam von der Atomwaffe fernzuhalten?

Iran ist – wie 187 weitere Staaten – schon seit den Zeiten des Schahs Mitglied des Atomwaffensperrevertrages. Es hat damit völkerrechtlich verbindlich auf den Bau von Nuklearwaffen verzichtet. Inspektoren der internationalen Atomenergiebehörde sollen vor Ort sicherstellen, dass friedliche Atomprojekte nicht zu militärischen Zwecken missbraucht werden. Strittig ist also nicht, ob Iran ein Atomprogramm unterhält. Die entsprechenden Einrichtungen sind vielmehr bekannt. Kontrovers ist jedoch, ob dort wirklich nur zivile Pläne verfolgt werden.

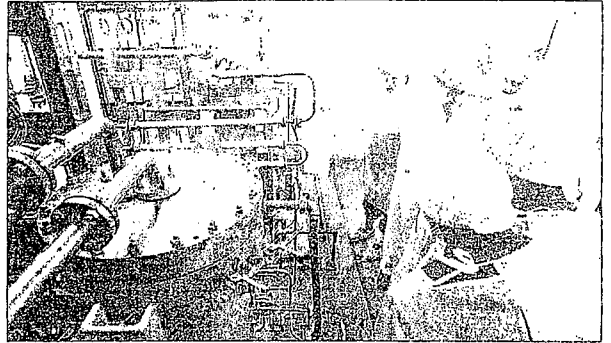
Russen helfen beim Bau eines Reaktors

Um welche Atomanlagen geht es in Iran? Mit russischer Hilfe wird derzeit ein Leichtwasserreaktor in der Hafenstadt Buschehr fertig gestellt. Er soll noch in diesem Jahr Strom erzeugen. Weitere Atommeiler sind geplant. Aus den Brennelementen solcher Reaktoren könnte Plutonium entnommen werden, um es für den Bau von Atomwaffen zu nutzen. Dies wäre jedoch sehr aufwändig.

Iran strebt darüber hinaus einen vollen nuklearen Brennstoffkreislauf an. Es verfügt über eigene Uranvorkommen, die für die Herstellung von Brennelementen aufbereitet



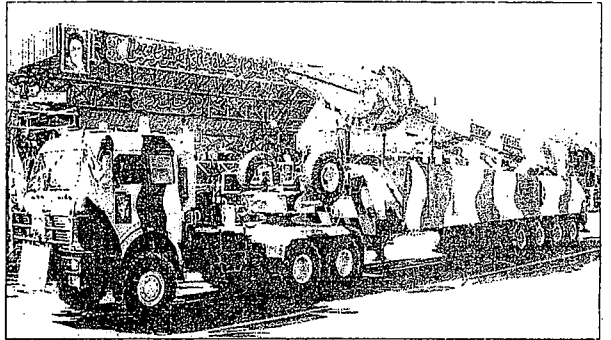
Der Leichtwasserreaktor in Buschehr soll in diesem Jahr fertiggestellt werden.



In Isfahan wird das nukleare Brennstoffvorprodukt Uranhexafluorid hergestellt.



Bei der Stadt Natans existiert eine Anlage zur Niedriganreicherung.



Iranische Mittelstreckenrakete vom Typ Shahab-3.

FOTOS: DPA

werden sollen. In einem ersten Schritt wird in Isfahan das Vorprodukt Uranhexafluorid fabriziert. Dieses soll in einer Anlage zur Niedriganreicherung in der Nähe der Stadt Natans weiterverarbeitet werden. Gefährlich daran ist, dass dort auch hoch angereichertes Uran für den Bau von Atomwaffen hergestellt werden könnte.

Außerdem baut Iran bei Arak eine Anlage zur Herstellung von Schwerwasser. Dort ist auch ein Schwerwasserreaktor zur Forschungszwecken geplant. Solche Einrichtungen eignen sich hervorragend zur Produktion von Plutonium, das neben hoch angereichertem Uran als Ausgangsstoff für die Atombombe gilt.

Solange Irans Atomprojekte unter internationaler Aufsicht stehen, wäre es schwierig, heimlich Atomwaffen zu bauen. Allerdings haben die Inspektoren in der Regel nur Zugang zu gemeldeten Einrichtungen. Verfügt Iran erst einmal über die Fähigkeit, Uran anzureichern oder Plutonium abzuzeichnen, könnte es daher versuchen, entsprechendes Material an nicht gemeldeten Orten zu produzieren. Darüber hinaus kann Iran mit einer dreimonatigen Kündigungsfrist den Atomwaffensperrevertrag verlassen. Es wäre dann praktisch frei, Atombomben herzustellen. Allerdings würde es wohl noch einige

Jahre dauern, bis Teheran über einsatzfähige Kernwaffen verfügt.

Bis heute kein vollständiges Bild

Viele Indizien sprechen dafür, dass es Teheran tatsächlich um eine Kernwaffenoption geht: Erstens hat das Land in der Vergangenheit nicht vertragsgemäß mit der internationalen Atomenergiebehörde zusammengearbeitet. Die Behörde ist daher bis heute nicht in der Lage, ein vollständiges Bild des iranischen Programms zur Urananreicherung zu zeichnen.

Zweitens bekommt Iran die Brennelemente für sein bisher einziges Kernkraftwerk aus Russland. Es stellt sich daher die Frage, warum das Urananreicherungsprojekt bereits so weit fortgeschritten ist, es sei denn, es ginge um die Möglichkeit, Uran für militärische Projekte anzureichern.

Drittens hat Iran die Zentrifugen, die es zur Urananreicherung nutzen möchte, über das pakistanische Khan-Netzwerk erhalten. Bei diesem handelte es sich offenbar um eine Art nuklearen Supermarkt, aus dem neben Iran auch Nordkorea und Libyen versorgt wurden. Diesen beiden Ländern ging es nachweislich um den Bau von Atomwaffen.

Viertens baut Iran auch Raketen. Die neueste Version der

Schahab-3 soll eine Reichweite von bis zu 1500 km haben. Es erscheint unglaublich, dass Iran ein solch aufwändiges Raketenprogramm unterhält, ohne gleichzeitig das Ziel zu verfolgen, damit eines Tages auch Nuklearsprengköpfe verschießen zu können.

Eine iranische Atombombe könnte Teherans arabische Nachbarn, allen voran Saudi Arabien und Ägypten, ebenfalls zu Kernwaffenprojekten verleiten. Ein nuklearer Rüstungswettlauf in der europäischen Nachbarregion des Nahen und Mittleren Ostens wäre die Folge. Der Atomwaffensperrevertrag würde wohl in sich zusammenbrechen. Hätte Teheran erst einmal die Bombe, könnte das islamistische Regime versuchen, sich zu einer dominanten Regionalmacht aufzuschwingen. Schließlich ist die enge Kooperation des Mullah-Regimes mit Terrororganisationen bekannt. Über kurz oder lang wäre es möglich, dass diese Zugang zu Atombomben erhielten.

Aus allen diesen Gründen ist Europa und seinen Partnern dringend daran gelegen, Iran den Weg zur Bombe nachhaltig zu verwehren. Großbritannien, Frankreich und Deutschland, die so genannten EU-3, haben dies seit nunmehr zwei Jahren auf dem Verhandlungswege versucht.

Zweierlei haben die EU-3 erreicht: einmal konnten sie – und dies war nach dem europäischen Streit während der Irak-Krise 2002/03 wichtig – Einigkeit in ihrem Engagement gegen eine mögliche iranische Atombombe demonstrieren; zweitens rangen die drei Regierungen Iran Zugeständnisse bei den Zugangsmöglichkeiten für Inspektoren ab. Ob die Verhandlungen auch einen Zeitgewinn brachten, ist dagegen fraglich.

Brüske Abfuhr an die EU-Vertreter

Zwar gestand Teheran eine Suspendierung seiner Urananreicherungsaktivitäten zu, erzwang mittels einer Salami-Taktik aber immer wieder die teilweise Aufhebung dieses Verzichts gerade dort, wo Iran langsame technische Fortschritte machte. Ihr Kernziel haben die Europäer bis dato nicht erreicht, nämlich Iran davon zu überzeugen, dauerhaft freiwillig auf diejenigen Elemente seines Nuklearprojektes zu verzichten, die relativ leicht militärisch missbraucht werden können, wie die Urananreicherung. Als Ausgleich war Iran im August 2005 ein umfangreiches Angebot politischer, wirtschaftlicher und technischer Zusammenarbeit unterbreitet worden. Das Teheran aber brüsk zurückwies.

Eine Lösung könnte der rus-

sische Vorschlag bieten, wonach Iran sich an einem Urananreicherungsprojekt in Russland beteiligen könnte. Teheran hätte somit Zugang zu nuklearem Brennstoff, aber keine eigene Kontrolle über die entsprechende Anlage.

Iran ist aber offenbar nicht bereit, sich darauf einzulassen. Die Europäer stehen bei den USA im Wort, den Fall vor den UN-Sicherheitsrat zu bringen. In New York könnten Sanktionen gegen Iran beschlossen werden; aber nur, wenn die Veto-Mächte Russland und China zustimmen. Falls nicht, könnten andere Staaten unter sich Sanktionen beschließen. Dies dürfte jedoch nicht einfach werden, denn Sanktionen könnten einen weiter steigenden Ölpreis zur Folge haben.

In den USA (und Israel) erwogene Militärschläge mit dem Ziel der Vernichtung iranischer Nuklearanlagen sind nicht auszuschließen, wegen des amerikanischen Engagements in Irak und Afghanistan sowie zu erwartender Terroranschläge als Antwort derzeit aber nicht sehr wahrscheinlich. So wird uns das Problem des iranischen Atomprogramms wohl weiter durch das Jahr 2006 begleiten.

► Dr. Oliver Thranert leitet die Forschungsgruppe Sicherheitspolitik der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin.